

Antrag

des **CSU-Kreisverbandes Amberg-Stadt**

Wohnen für Alle - Aufhebung flüchtlingsbezogener Bindungen bei der Schaffung von Wohnraum

Die CSU Amberg beantragt:

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-Landtagsfraktion sollen sich dafür einsetzen die in Förderprogrammen enthaltene bevorzugte Belegung der Wohnungen mit Asylbewerbern sowohl rückwirkend, als auch für künftige Fördermaßnahmen aufzuheben und die Förderung stattdessen allgemein auf finanzschwache Bürger beziehen.

Die Belegung der Wohnungen soll vorrangig nach Bedarf und ggf. vorliegenden sozialen Notlagen erfolgen. Zusätzlich soll zur Steigerung der Integrationschancen die Möglichkeiten der indirekten Belegung bevorzugt genutzt werden.

Begründung:

In den letzten Jahren wurde über verschiedene Förderprogramme Wohnraum für finanzschwache Bürger geschaffen. Neben den klassischen Förderprogrammen für sozialen Wohnungsbau wurden auch verschiedene Förderprogramme zur Schaffung von Wohnraum mit exklusiver oder mehrheitlicher Belegung der Wohnungen mit Asylbewerbern oder anerkannten Flüchtlingen ins Leben gerufen.

Dies führt in der Bevölkerung zu dem Gefühl, dass Steuermittel nicht gleichmäßig zur Beseitigung der Wohnungsnot und zur Minderung sozialer Notlagen eingesetzt werden. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass einseitige und integrationshemmende Wohnstrukturen entstehen.